

Ringvorlesung Sommersemester 2017 FU Berlin
11. April 2017

Knut Nevermann

(Stand 12.04.2017 neu)

Selbstpolitisierung der akademischen Jugend 1966 bis 1968

Wir beginnen heute eine Vorlesungsreihe, in der 13 Personen die Frage zu beantworten versuchen werden: was war das eigentlich vor 50 Jahren, die Studenten-Bewegung, die Außerparlamentarische Opposition (APO). Zu ihnen werden 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen, die zu einem Teil auch Zeitzeugen waren, sich aber danach auch wissenschaftlich mit der damaligen Zeit beschäftigt haben.

Wir haben bewusst das Jahr 1967 als Ankerjahr für unseren 50 Jahre-Rückblick gewählt: die Revolte, die später stets „68“ genannt wurde (und auch ich werde diese Bezeichnung „wider besseres Wissen“ beibehalten), hatte wesentliche mobilisierende und politisierende Ereignisse in den Jahren 1966 und 1967. 1968 war zwar der Höhepunkt der Studentenbewegung (die Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke) -- 1968 war aber auch ihr Absturz, der Beginn ihrer raschen Zersplitterung und ihres Niedergangs.

Dies ist übrigens eine erste historiographische These: Nicht „68“, sondern die Jahre 1966 bis 1968 sind in den Blick zu nehmen, wenn über die Studentenbewegung nachgedacht wird.

Ich bin einer der Zeitzeuge:

Vita mit Schaubild, aus Wikipedia, gekürzt.

In einem **ersten Teil** möchte ich in lockerer Form versuchen, Ihnen einen Eindruck von dem zu vermitteln, was wir damals erlebt haben. Im **zweiten Teil** frage ich nach den Gründen, Motiven und Themen, die uns damals bewegt haben. In einem **dritten Teil** versuche ich, Wirkungen, Folgen, Veränderungen aufzuzeigen, zu denen „68“ zumindest beigetragen hat. Und in einem **vierten Teil** möchte ich die Studentenbewegung in das

größere Narrativ der Nachkriegsgeschichte einordnen – anhand einer knappen Analyse der Beiträge, die sich in den derzeitigen „Meistererzählungen“ finden lassen: Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler, Edgar Wolfrum und Ulrich Herbert. Norbert Frei habe ich ausgelassen, weil wir ihn ja gegen Ende dieser Vorlesungsreihe persönlich erleben können.

I. Ereignisse

Hand-out und Bilder im Beamer

Es war, wie Dan Diner dies in einem anderen Zusammenhang formuliert hat „eine gestauchte Zeit“. Gäbe es einen Tachometer, der die Veränderungen im eigenen Hinterkopf, im politischen Bewusstsein messen könnte, so müsste er 1966 bis 1968 für einen Formel I Rennwagen geeignet sein. Politisierung und Demokratisierung wurden zu positiven Kampfbegriffen, antiautoritäres Hinterfragen und aufmüpfiges Verhalten wurden ebenso vorbildlich wie wissenschaftsgestütztes Argumentieren und Informieren. Und das in der zu Recht „Adenauer-Zeit“ genannten Epoche, den -wie Günter Grass formulierte- „falschen Fünzigern“: Familie, Schule, Hochschule, in allen Institutionen herrschte viel zu oft noch ein hierarchischer, autoritärer Geist. Die NS-Zeit war eher verdrängt, auch an den Unis. Der vorherrschende Antikommunismus mit seinen klaren Fronten zwischen Ost und West garantierte politische Konformität und Einschüchterung („Geht doch nach drüben...“). Die Revolte war ein kompakter, gestauchter Lern- und Bildungsprozess von (mir bis dahin) unbekannter Dichte. Erstmals in der deutschen Geschichte war ein Großteil der akademischen Jugend: politisiert, aufmüpfig und links. Schon das ist ein unerhörter historischer Einschnitt und Erfolg.

II Gründe und Motive

Zum Zwecke der Selbstrelativierung zitiere ich im Kontext der Studentenbewegung gern den Satz von Georg Büchner: „Nicht wir haben die Revolution gemacht, sondern die Revolution hat uns gemacht.“ Es gab einen internationalen kulturellen Aufbruch, der den Charakter einer

Revolte hatte: in der Musik, in Kleidung und Haartracht (für Männer: Ende des Facon-Schnitts), im Zusammenleben (Kommunen, Wohngemeinschaften – trotz des Kuppelei-Paragrafen), im Geschlechterkampf (Ehen ohne Trauschein, die Pille), in der Protestkultur (Sit-ins, Go-ins, Protestsongs). Und es gab ein international verbindendes, uns alle aufrüttelndes Thema: der immer grausamer werdende Krieg der Amerikaner in Vietnam. Dies war ein genuin moralischer Protest, der sich mit antiimperialistischen und antikolonialen Überzeugungen verbinden konnte. Und mit einer Opposition gegen die Regierung der Großen Koalition in Bonn, aber auch zum Senat von Berlin und zur Universitätsleitung: sie alle waren damals der Überzeugung, in Vietnam werde die Freiheit Berlins verteidigt!! Welch eine historische Fehleinschätzung! Hinzukam, dass nunmehr die erste Nachkriegsgeneration die politische Bühne betritt – in Deutschland eine Generation ohne eigene Verstrickung in die NS-Verbrechen, ohne die kalmierende Erfahrung von Assimilation und Integration angesichts von Kriegsende, Kriegsgefangenschaft, massenhafter Flucht und Vertreibung, und ohne den Wiederaufbaustolz der Elterngeneration.

Alle spürten einen kulturellen Wetterwechsel, einen politischen Aufbruch. In den USA verbindet sich der hochmoralische Protest gegen den Vietnamkrieg in den Universitäten mit der Hippiebewegung im Lande („make love not war“), die Bürgerrechtsbewegung gewinnt an Macht (von ihr stammen übrigens die Protestformen Go-in und Sit-in: Schwarze setzten sich in Einrichtungen und Cafés, die Weißen vorbehalten waren!), Protestsongs werden populär, Stones und Beatles mischen die Rockmusik auf, Joan Baez und Bob Dylan haben ihren Durchbruch. Immerhin ist Berlin durch die Radiosender AFN, BFBS, RIAS und SFB hierüber bestens informiert.

Diese kulturrevolutionären Tendenzen aus den USA treffen vor allem in Berlin (West) auf ein erkennbar anderes Gemeinschaftsgefühl, das sich wesentlich aus seiner Insellage speist und das den Mauerbau und die graumäusige und besonders prüde Lebenswelt in seiner sowjetisch besetzten Umgebung ertragen muss. Dieses antikommunistische Grundverständnis wird insoweit auch von den aufbegehrenden Studenten mitgetragen: Wir lebten nicht zufällig im Westberlin, Dutschke und andere

waren gerade aus der DDR geflohen, so dass wir uns bewusst waren, wie provokativ rote Fahnen auf dem Kudamm, Proteste gegen das Amerikahaus und Parolen wie „Amis raus aus Vietnam“ oder gar „Sieg im Volkskrieg!“ auf die Normalberliner wirken mussten. Diese Wirkung wurde aber dramatisch verstärkt durch die völlig einseitige Berichtserstattung der damals in Berlin marktbeherrschenden Springer-Presse. Nach dem 2. Juni 1967, der Ermordung Benno Ohnesorgs, muss man von einer regelrechten Hetze dieser Presse gegen die Studenten sprechen -. so dass nach dem Attentat auf Rudi Dutschke (Gründonnerstag 11. April 1968, also genau heute vor 49 Jahren) die Aktionen gegen die Auslieferung der Bildzeitung in vielen Teilen der Bundesrepublik fast „naturnotwendig“ waren. Es ist auch ein bisschen Ironie der Geschichte, dass gerade die maßlosen Attacken in den Zeitungen nicht unerheblich zur Mobilisierung und Politisierung der Studenten beigetragen haben.

Ein innenpolitisch mobilisierendes Thema waren die geplanten Notstandsgesetze. In ihnen waren für den Ernstfall weitgehende Grundrechtseinschränkungen vorgesehen, die auf erbitterten Widerstand auch der Gewerkschaften stießen. Die Notstandsgesetze standen für uns in einem Zusammenhang mit Überlegungen des damaligen Kanzlers Ludwig Ehrhard zu einer sog. „formierten Gesellschaft“, mit der der -in seinen Augen- überhandnehmende Pluralismus und Individualismus institutionell eingebunden werden sollte; dies wurde ergänzt durch Überlegungen zur Einführung des Mehrheitswahlrechts (anstelle des bis heute geltenden Verhältniswahlrechts), das stabilere Regierungsmehrheiten im Parlament produzieren würde. Aber auch im engeren Sinne hochschulpolitische Themen heizten die Protestbereitschaft an: der überraschende Beschluss des Akademischen Senats, Studenten nur noch befristet zuzulassen und sie nach Fristablauf schlicht zu exmatrikulieren. „Zwangsexmatrikulation“ hieß das und war ein -bald bundesweites- Protestthema. Zugelassene studentische Vereine erhielten damals für politische Veranstaltungen problemlos Räume in der Uni – dies sollte plötzlich einem restriktiven Genehmigungsverfahren unterworfen werden -also einer Zensur. Die free speech movement in den USA war zu bekannt als dass wir nicht sofort ihre Forderungen

übernahmen: „dass wir an unserer Universität jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können“. Es gab konkrete Vorfälle (Kuby-/Krippendorff-Affäre), in denen das autoritäre Selbstverständnis der Ordinarienuniversität deutlich zu Tage trat. Und es gab-- -trotz des Genusses der damals großen Freiheiten beim Lehren und Lernen, an die man heute mit Wehmut zurückdenken könnte-- -- es gab heftige Kritik an den Studienangeboten, insbesondere an der Frage ihrer gesellschaftlichen und politischen Relevanz und an der Struktur der Ordinarienuniversität mit ihrem autoritär-hierarchischen Selbstverständnis. Und es gab wirklich gute, elaborierte Schriften von Studenten und Assistenten zur Reform der Hochschul-Struktur und der Studienorganisation. Ein Beitrag sollten auch Vorlesungsrezensionen im FU-SPIEGEL sein, dem offiziellen Organ des AStA, die aber überwiegend als Provokation aufgefasst wurde. Der Kampf für die Hochschul- und Studienreform radikalisierte sich zu einem Alleingang der Studenten (und Assistenten): der Gründung einer eigenen „Kritischen Universität“ (November 1967).

Im Nachhinein ist der Mechanismus der Politisierung und Mobilisierung der Studenten klar zu erkennen: Es gibt provokative Regelverletzungen und Tabubrüche, es gibt eine öffentliche Wahrnehmung dieser Aktionen (und eine Denunziation als Krawall in den Massenmedien), durch die wiederum weitere Studenten mobilisiert wurden. Allerdings: die Provokationen kamen oft gar nicht von den Studenten (das natürlich auch, vor allem von den Provos, der Anschlaggruppe und der Kommune I innerhalb des SDS), sondern die Provokationen kamen überraschend oft vom Rektorat oder vom Berliner Senat. Zwangsexmatrikulation, Raumvergabe, Kündigung von Assistenten und studentischen Hilfskräften, Kürzung der Gelder, die dem AStA zustanden, Disziplinarverfahren gegen Studentenvertreter usw.: stets gab es gute Anlässe für Protest und Mobilisierung (für uns sozusagen: gefundene Fressen!).

Zu all diesen Themen engagierten sich die Studenten aus durchaus unterschiedlichen Motiven: aus liberalen Positionen, die die Grundrechte in Gefahr sahen, aus radikaldemokratischen Motiven, die Demokratie und Sozialstaat endlich verwirklichen und den Konsumkapitalismus ausbremsen wollten, aus moralischem Protest gegen Krieg, Kolonialismus

und Kapitalismus, aus kulturevolutionären Überzeugungen (wir wollen nicht haben, wir wollen Sein) oder aus anarchistischen Motiven, die dann auch gewaltbereit wurden und (ernsthaft!) meinten, durch Provokationen eine Faschisierung der Gesellschaft bewirken zu können, die dann zu einem großen revolutionären Aufstand der Massen führen würde. Maoistisch wurde -arg voluntaristisch- formuliert: Nicht das Sein bestimme das Bewusstsein (wie bei Marx), sondern das -durch Aktionen geschulte – Bewusstsein bestimme das Sein, das politische Handeln. Wie dem auch sei: Die Studentenbewegung war, auch in ihren Motiven, eine zweifellos Plurale Bewegung.

Das gilt auch für die beteiligten Organisationen. Es ist eine irriige Annahme, die Studentenbewegung sei eine Bewegung des SDS gewesen, und der SDS die alleinseligmachende intellektuelle und aktionistische Instanz. Hier findet eine Überbewertung von Debatten in Delegiertenkonferenzen, Vorstandssitzungen, Arbeitskreisen und in kleineren Zirkeln (wie dem hochintellektuellen Argumentclub) statt, die eher in Hinterzimmern tagten – ohne eine breitere Öffentlichkeit. Viele der Debatten, in denen sich die Radikalisierungen ungebremst gegenseitig aufschaukeln konnten, wurden zum Teil erst viele Jahre später öffentlich bekannt. Aber auch hier zeigt sich die Medienmacht, in denen ja meist nur über die spektakulären anarchistischen Aktionen berichtet wurde, um gegen sie hetzen zu können.

Es bleibt freilich richtig: Der SDS debattierte besonders intensiv und überzeugend über Fragen von Strategie und Taktik des studentischen Protests, er arbeitete die politischen Sachthemen besonders qualifiziert auf und wirkte auch in den Aktionen in der ersten Reihe. Und das gilt nicht zuletzt für Rudi Dutschke. So wurden die Sit-ins vom 22./23. Juni 1966 und vom 19. April 1967 wesentlich von SDS-Experten bestritten. Aber auch ein Auto existiert nicht nur aus dem Motor und dem Lenkrad; man braucht auch Benzin, Strom, Sitze und last but not least: Bremsen! Ohne die anderen Verbände –vom SHB über den LSD und die ESG sogar bis zum RCDS- hätte es nie dieses Maß an Mobilisierung und Kompetenz gegeben. Auch in diesen Verbänden gab es Experten, die sich in den Themen bestens auskannten und von denen sogar die offizielle Studentenvertretung (AStA und Konvent, aber auch die Fakultäts- und

Institutsvertretungen) majorisiert wurde. Das Berliner Modell, die „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“, institutionalisierte eine (bundesweit damals einmalige!) studentische Mitwirkung, die für uns eine hohe Schule der parlamentarischen Demokratie und des politischen Handelns war. Deshalb gab es auch im AStA und in den anderen Institutionen der Studentenvertretung kompetente Vertreter –und es gab hier nicht zuletzt Telefone, Informationen, Druckmaschinen, Papier, Räume usw. Hieraus erklärt sich die Fülle der Flugblätter, Denkschriften und Pamphlete, die jeden Tag auf den Tischen der Mensa auslagen. Der Studentenprotest war eben auch organisatorisch eine Plurale Bewegung. Selbst der SDS hatte mehrere, sich fetzende Fraktionen. Solange das Gemeinsame -trotz der akzeptierten Pluralität- hielt und gegenseitige Kritik solidarisch blieb, ging es voran mit der Politisierung. Im Herbst 1968 brach dies alles auseinander, die offensiv militante Demonstration am Tegeler Weg im November 1968 führte anhand der Gewaltfrage zum Schisma. Das Solidarische war vorbei, die Bewegung zerbrach und zerbröselte. In dieser Zeit verstärkte sich auch die Radikalisierung im Umgang innerhalb der Universität. Liberale, sogar linke Professoren wurden zu „Scheißliberalen“ und oft härter angegriffen als konservative; die Unterstützungsbereitschaft der Professoren nahm rapide ab, viele wurden geradezu in den Widerstand gegen die studentischen Aktionisten getrieben.

Wie sehen wir die Themen heute? Auch aus heutiger Sicht kann kein Zweifel bestehen, dass die Proteste gegen den Vietnamkrieg und gegen die Hetze der Springerpresse absolut berechtigt waren. Die hochschulpolitischen Forderungen begannen sehr sachkundig und engagiert, radikalisierten sich zum interessanten Projekt der Kritischen Universität, kippten dann aber, nach 1968, um - in die Hybris des Dogmatismus maoistischer und leninistischer Sekten und Kaderparteien (Rote Zellen usw.). Der Widerstand gegen die Notstandsgesetze war aus heutiger Sicht sehr sachkundig, aber im Kern eher alarmistisch; immerhin führt er zu wesentlichen Entschärfungen des Gesetzes und zur Aufnahme des Widerstandsrechts in das Grundgesetz (Art 20 Abs.4 GG). Aber die von

uns allen an die Wand gemalte Gefährdung der Demokratie fand nach der Verabschiedung (Mai 1968), wie wir heute wissen, nirgends statt. Die allmählich dominant werdende, verbalrevolutionäre Propaganda der Tat hatte ihre visionäre Klimax auf dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 erlebt und erzeugte eine radikalverbale Euphorie, die aber natürlich -im Februar 1968 in Westberlin! - in keiner Weise in der Lage war, ein revolutionäres Subjekt in den Metropolen oder gar eine revolutionäre Situation in der westlichen Welt zu identifizieren. Das hatte mich schon damals nicht überrascht. Der böse und sarkastische Satz von Helmut Schmidt -wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen- hatte mich früher in Rage gebracht, hier hätte er gepasst. Weder die historisch absolut unreflektierte Forderung nach einer Rätedemokratie, noch die Propagierung eines Partisanenkampfs in den Metropolen noch die Bestimmung der Dritte Welt zum revolutionären Ersatzsubjekt konnten den Rausch und den Taumel des Vietnamkongresses vom Februar 1968 überdauern. Übrigens: Auch Rudi Dutschke, der von den Medien zur Inkarnation der Studentenbewegung gemacht worden war und ob dieser Art des Personenkults im SDS scharf kritisiert wurde, scheint gespürt zu haben, dass er mit seinem Latein ans Ende kam: vor dem Attentat hatte er eine Aus-Zeit geplant und wollte für eine längere Zeit in die USA, aus der ja seine Frau stammte.

III Wirkungen, Folgen, Veränderungen

Nach den Erlebnissen mit dem deutschen Terrorismus (Baader-Meinhof, Rote-Armee-Fraktion), der 1977 zu einem „deutschen Herbst“ führte (Ermordung vom Arbeitgeberpräsident Schleyer, Dresdener-Bank-Chef Ponto und Generalbundesanwalt Buback, Flugzeugentführung nach Mogadischu, Selbstmorde der Terroristen im Gefängnis Stammheim) wurde eine Lesart vorherrschend, nach der vor allem der mörderische Terrorismus als eine unmittelbare Folge der Studentenbewegung zu interpretieren sei.

Hier spielt sicher eine Rolle, dass die bis dahin in der Bundesrepublik unbekanntes Gewalt- und Mordtaten grauenhafte Folgen hatten und das politische System der siebziger Jahre massiv herausforderten. Und übrigens auch der Attraktivität der linken politischen Szene nachhaltig

Schaden zufügte. Aber es spielt eben auch eine Rolle, dass sich entsprechende horrortriefende Nacherzählungen besser vermarkten lassen als differenzierte Analysen von Veränderungen in der politischen Kultur. Tatsache bleibt aber: die Terroristen waren eine wirklich kleine extremistische Gruppe unter den Studenten. Einzuräumen ist, dass in den Aktionen im Jahre 1968 Gewaltfragen von uns auf die leichte Schulter genommen wurden. Die Trennung von Gewalt gegen Sachen, die solange akzeptiert wurden, wie sie symbolische-politische Aussagen transportierte, einerseits und Gewalt gegen Menschen, die selbstredend abgelehnt wurde, andererseits war „recht eigentlich“ sophisticated – wie sich am Tegeler Weg im November 1968 zeigte. Nein, wir haben nicht genug aufgepasst, als die Schwelle zur Gewaltanwendung immer niedriger wurde. Verbal war die Büchse der Pandora schon geöffnet, nicht zuletzt durch ein (erst später!) berühmt gewordenes „Organisationsreferat“ von Dutschke und Krahl, in dem (im September 1967!) die Taktik der Guerillero, also des bewaffneten Kampfes, für die Metropolen vorgeschlagen wurde. Ich hielt es 1968 für völlig ausgeschlossen, dass irgendein linker „Genosse“ zum Mörder werden könnte. (Aber auch, dass Feltrinelli zum Vietnamkongress Bomben mitbrachte, die dann in Dutschkes Kinderwagen umgeladen wurden!) In diesem Dunstkreis der Gewaltbereitschaft liegt vielleicht auch eine Ursache für die langanhaltende Sympathie, die die Terroristen in Teilen der linken (gewaltlosen) Szene fanden. Machen wir die Tür auf, wenn einer klingelt? Würden wir die Polizei rufen? Es gibt ein Wort, das dies auf den Begriff bringt: Nach dem Mord an Generalbundanwalt Buback 1977 schrieb ein Anonymus, er lehne den Mord radikal ab, gab aber zu, dass er eine „klammheimliche Freude“ empfunden habe.

Trotzdem: es war eine winzige Minderheit der Studenten, die in den terroristischen Untergrund ging. Eine etwas größere Gruppe gründete diverse Parteien: leninistischer oder trotzkistischer oder maoistischer oder traditionell stalinistischer Provenienz. KPD/AO, KPD/ML, PL/PI usw. Sie reduzierten sich selbst, durch Kadergehabe und Zellteilung. Ausgerechnet Antiautoritäre mutierten zu Autokraten im Westentaschenformat.

Was demgegenüber die überwältigende (und überwältigte) Mehrheit der Studenten Ende der Sechziger anging, so hatten sie eine Veränderung mit

sich selbst erlebt: ihre Mentalität, ihre befreite Individualität, ihr politisches Bewusstsein, ihre Mobilisierungsbereitschaft und ihre kulturellen und privaten Lebensweisen waren tiefgreifend durcheinandergewirbelt worden. Diese Emanzipation im Denken, Fühlen und Handeln war das eigentliche Vermächtnis der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO).

„Wahrnehmungsrevolution“ wurde dies von Ingrid Holtey genannt, die in dieser Ringvorlesung auch noch vortragen wird. Nicht (!) die paar Dutzend Terroristen (trotz ihrer Brutalität), sondern die vielen Tausende meist junger Leute, Studenten und Schüler, die auf die Straßen gingen, sich an Protestversammlungen, Sit-ins, Teach-ins, Demonstrationen und Aktionen beteiligten und sich in einem bis dahin in der Nachkriegszeit unbekanntem Maße politisiert, engagiert und sich dabei weitergebildet und viel gelernt haben: sie sind der eigentliche Effekt und der zentrale politische Erfolg der Studentenbewegung von 1966 bis 1968. Sie veränderten das politische Klima in Deutschland, leisteten einen kleineren Beitrag zum Regierungswechsel von Kiesinger zu Brandt, strömten „in Massen“ in die gesellschaftlichen Institutionen (Schulen, Unis, Verwaltungen, Gerichte, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Rundfunkanstalten, Zeitungen usw.) und begaben sich auf den „langen Marsch durch die Institutionen“. Das wurde von den Regierenden mit Angst beobachtet und durch den Radikalenerlass von 1972 und eine Unzahl von Berufsverboten in verheerender Weise zu bekämpfen versucht – mit dramatischen Folgen für die Integrationsbereitschaft der Betroffenen. Auch wenn man nicht von einer Generation sprechen will, eine Generationserfahrung war es allemal und hat noch lange Zeit die Beteiligten miteinander verbunden – im Selbstverständnis, im Kooperationsstil und im kritischen Bewusstsein. Zum Beleg vergleiche man einfach einmal Fotos von Abschlussklassen aus Schule, Hochschule, Ausbildung und ähnlichen Institutionen von 1965 einerseits und 1970 andererseits: ja, da muss etwas gewesen sein, etwas sehr Wirksames. Eine Kulturrevolution. The times they are a changing. (wie wir mit unserem aktuellen Literatur-Nobelpreisträger Bob Dylan schon damals zu singen pflegten)

Dass Politik Not tut, dass Nichtstun verpönt ist und dem Konservativismus hilft, dass das Privileg, studieren zu dürfen und jung zu sein, auch

Verpflichtungen nach sich zieht – das hatte sich tief ins Bewusstsein eingeschrieben. Es gab unzählige universitäre und außeruniversitäre Gruppen und Arbeitskreise, in denen nicht nur Marx, sondern auch Freud gelesen wurde (später dann auch Max Weber oder Habermas und Luhmann). Es war in der Tat eine buchgläubige Zeit. Es war eine Zeit, in der die Sozialwissenschaften zur intellektuellen Hegemonie fanden, aus der sich auch Reformen im Regierungssystem ergaben: Planungsstäbe, Beratungseinrichtungen, Workshops usw., eine Zeit, in der sich allmählich auch die Fach-Disziplinen theoretisch und thematisch modernisierten, in der Schriftsteller und Filmemacher in ihren Bereichen Neues produzierten Und dies alles wirkte auch mittelfristig fort: die wieder erstarkende Frauenbewegung gehört in diesen Zusammenhang, die Bildungswerbung, die Psychobewegungen, später die Protest-Bewegungen gegen Umweltzerstörung (und die Gründung der Partei „Die Grünen“), gegen die Nachrüstung, gegen Atomkraftwerke. Überhaupt: das Instrument der Bürgerinitiativen konnte sich etablieren. Westdeutschland war pluraler, bunter, individualistischer geworden, politischer. Letztlich führte die Außerparlamentarische Opposition merkwürdigerweise (und kontraintuitiv) auch zu einer Vitalisierung der Parlamentarischen Demokratie: in den Debatten über Willy Brandts Ostpolitik, über sein Wort, wir wollen mehr Demokratie wagen, über das (vergebliche) Misstrauensvotum im Bundestag. Da war das Parlament mit seinen Debatten plötzlich wieder höchst attraktiv.

Ein Zwischenfazit: 1. Wer 68 sagt, sollte an 1966 bis 1968 denken. 2. Das war eine Plurale Bewegung, plural in den Motiven, den Themen und den beteiligten Organisationen. 3. Wesentlicher Erfolg war die (Selbst-)Politisierung der akademischen Jugend und ihr Marsch durch die Institutionen – auch wenn natürlich festzuhalten ist: wir haben nicht nur die Institutionen verändert, sondern die Institutionen auch uns.

IV. Narrativer Kontext

Wie halten wir es nun mit dem narrativen Kontext.

Noch bis in die siebziger Jahre hinein wurde die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik eher als eine Geschichte der Restauration, der Hegemonie des bürgerlichen Konservatismus, des Antikommunismus und der Verdrängung der NS-Vergangenheit interpretiert. Auch wenn uns bewusst war, dass die Bundesrepublik immerhin eine stabile Demokratie geworden war und mit der Westbindung, den Mitbestimmungsgesetzen, den Sozialgesetzen durchaus neue Maßstäbe gesetzt hatte. Aber der Adenauer-Konservatismus dominierte. Wobei wir ja damals gar nicht wussten, in welchem Umfang, NS-Belastete in Verwaltungen, Verbänden, Medien und Universitäten weiter auf breiter Front Karriere gemacht haben. (Siehe die großen Studien zum Auswärtigen Amt und zum Justizministerium.) Mich störte damals besonders, dass jene linken Theorie- und Kulturtraditionen, die von den Nazis unterdrückt worden waren, auch in den Sechzigern oft noch vergeblich um Anerkennung kämpfen mussten – und dabei zudem arg behindert wurden, weil nunmehr jenseits von Mauer und Stacheldraht gerade diese Traditionen quasi vereinnahmt, verstaatlicht und pervertiert wurden: die ganze Geschichte des Sozialismus, mit seinen Theorien, seiner Literatur, seinen Liedern, seinen Lebenswelten und seiner Geschichte. Rote Fahnen waren als Provokationen in Westberlin gut und wirksam, für eine Identifikation mit einer Sache waren sie durch die DDR gewissermaßen verbrannt, unbrauchbar. Kurzum: Marx (außer den Frühschriften) war auf keinem Lehrplan; Freud blieb akademisch seit 1933 ununterbrochen weitgehend verfemt. Auch das änderte sich erst nach 1968.

Vor diesem Hintergrund der „Restauration“ wirkte 68 noch Jahre später als Aufbruch, als Revolte, als demokratisierender Protest. Als Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte, als „Fundamentalliberalisierung“ (Habermas) und vielleicht doch als eine „zweite Gründung der Demokratie in Deutschland“ – diesmal von unten.

Dieses Narrativ, dem ich in einem Artikel aus dem Jahre 1988 noch explizit folgte, muss nach der wirklichen und überdies gewaltlosen Revolution 1989/90 und der Vereinigung Deutschlands, nach dem Ende der Sowjetunion und dem Ende von Mauer und Eisernem Vorhang zwischen Ost und West natürlich --traditionsgemäß -- „kritisch hinterfragt“ werden. Haben wir uns überschätzt? Ich meine: tendenziell ja, im Kern eher nicht.

Dass sich historische Ereignisse im Laufe der Zeit in ihrer Bedeutung relativieren kann, nicht überraschen. Dass dieses Narrativ aber nicht völlig danebenliegt, möchte ich mit einem persönlichen Erlebnis belegen: Ich war ja Ende der nuller Jahre (2006 bis 2009) in Dresden tätig – und erlebte dort erstaunliche Verhaltensweisen: Angst vor Verantwortung, Angst vor eigenen Entscheidungen, lückenlose Absicherungen nach oben. Mit Verlaub: ich konnte mir dies nur dadurch erklären, dass die Bürger der DDR, die dann in geradezu vorbildlich demokratischer Weise eine veritable, gewaltlose Revolution organisiert haben, den Antiautoritarismus der Jahre 1966 bis 1968 mit all seiner Alltagsrelevanz nicht auf ihrem Erlebniskonto hatten.

Wie dem auch sei: Jetzt wenden wir uns der Frage zu, wie in die Meister der historischen Zunft die Studentenbewegung in ihrem Narrativ verorten.

1. **Hans-Ulrich Wehler** schreibt in seiner Meistererzählung „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ :

1968 sei „ alles andere als eine ‚Zweite Stunde Null‘ “ gewesen, „selbst die Stilisierung zur ‚Großen Zäsur‘ in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte wäre verfehlt. Auch wenn es geboten ist, die Proportionen derartig entschieden zurechtrücken, bleibt es doch bei der Anerkennung einer Serie dramatischer Ereignisse, die 1967 oder seither abliefen und gravierende Folgen zeitigten.“ (2008, S.311f) Stichworte bei Wehler: Vietnam, Notstandsgesetze, erstarkende NPD, Hochschulreform.

„Politisch ist die deutsche 68er-Bewegung rundum gescheitert. Der Gedanke an einen Erfolg ihrer rätedemokratischen, anarchistischen, lebensreformerischen, auf eine kommunistische Entwicklungsdiktatur zielenden Ideen ließ selbst aktive Teilnehmer wenig später schaudern. Die Reideologisierung im Verlauf eines fanatisch geführten Kulturkampfes der ‚Progressiven‘ gegen das ‚Establishment‘ verursachte jedoch Verletzungen, welche die ‚Protest-Geschädigten‘(...)zu einer politisch ‚keineswegs unwirksamen Partei‘ machten.“(S.317)

„Was bleibt als positive Bilanz von den Auswirkungen der 68er-Bewegung? Sie trug wahrscheinlich dazu bei, die Restbestände

einer obrigkeitsstaatlichen Mentalität weiter abzubauen. Sie ermunterten Konfliktfreudigkeit, letztlich auch das politische Engagement, wie es etwa die Vielzahl der 68er bei den Jungsozialisten und in der SPD demonstriert. Es äußerte sich aber auch in der gesteigerten Bereitschaft, in den zahlreichen Bürgerinitiativen der Folgezeit mitzumachen und damit den zivilgesellschaftlichen Partizipationswillen zu unterstützen. Obwohl ‚liberal‘ ein Schimpfwort der 68er und jeder ‚Scheißliberale‘ ihr Gegner war, trugen sie doch durch ihre Kritik an überlieferten Normen und Verhaltensweisen wider Willen zur Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft bei. Das war ein Gewinn, der im Vergleich zu Ländern ohne 68er-Bewegung deutlich hervortritt.“ (S.320)
(Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949 – 1990, München 2008)

2. Bei **Edgar Wolfrum** (im Gebhardt’schen Handbuch der Deutschen Geschichte, Stuttgart 2005) ist eine gemischte, weniger pointierte Erzählung zu lesen:

„Die 68er-Revolution in der Bundesrepublik speist neben den internationalen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kapillaren aus drei zusätzlichen, nationalen Wurzeln: der Kritik an der Ordinarienuniversität, dem Protest gegen die Große Koalition und die Notstandsgesetzgebung sowie dem Vorwurf einer unzulänglichen Auseinandersetzung der gesamten deutschen Bevölkerung mit der NS-Vergangenheit.“ (S.335)

„Wie immer man im Einzelnen die Rechnung aufmachen mag, aus dieser Zeit floss viel Reformdynamik in Institutionen, Verbände und Parteien aus dem gesamten Spektrum, auch dem konservativen, ein. (...) Alles in allem: Durch die Politisierung der Jugend gewann die Demokratie in der Bundesrepublik an Vitalität, vor allem aber gelang eine Integration in das demokratische Staatswesen, das damit seine Reformfähigkeit bewies.“ (S. 342)

3. **Ulrich Herbert** (Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014) nennt drei tiefere Ursachen für den internationalen Protest: die Überwindung der wirtschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs, die Aufweichung der starren Blockkonfrontation und die generationelle Verschiebung. „Allesamt deuten sie an, dass hier eine Phase der kulturellen Orientierung an Sicherheit, Obrigkeit, Familie, Sittlichkeit, Autorität und Staat zu Ende ging, die als Reaktion auf die extremen Veränderungserfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsjahre zu verstehen ist. Die dabei entstandenen politischen wie kulturellen Überhänge und Verkrustungen jedoch erwiesen sich als so fest, die illiberalen Strukturen in jeweils nationaler Spezifizierung als so versteinert, dass die Gegenbewegung umso schärfer und radikaler ausfiel, je härter diese Strukturen waren.(...)Gerade weil die Verhältnisse, gegen die man antrat, so autoritär und illiberal waren, schienen immer weitere, radikalere Schritte zu ihrer Veränderung nötig und gerechtfertigt. Hier war, wie bei fast allen Revolten der Neuzeit, der Ansatz zur Überdehnung, zur Radikalisierung bis zur schließlichen Unkenntlichkeit angelegt.“(S. 863)

Mit einem Zitat von Axel Schildt fasst Herbert zusammen: „Die Protestbewegung war treibender und übertreibender Teil einer dynamischen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur“, sie trage „zur Delegitimation vordemokratischer Konzepte von Autorität und Hierarchie“ bei und habe den seit längerem erkennbaren gesellschaftlichen Wertewandel forciert. „Insofern trug die Revolte ‚im Zeichen der Revolution zum Fortschritt der Reformen bei‘.“(S.834)

4. **Heinrich August Winkler** (Der lange Weg nach Westen, 2. Band, München 2000), dessen Titel den Tenor seiner Meistererzählung zusammenfasst, also zum Westen, zu Freiheit, Demokratie und Gewaltenteilung.
„Die Wirkungen der Studentenbewegung waren zwiespältig und

größtenteils ungewollt“. Er beschreibt die offensichtlichen Widersprüchlichkeiten: Gegen US-Imperialismus aber für

Protestformen aus der USA; Gegen Pluralismus als Verschleierung der Herrschaft, aber „die Bundesrepublik (war) nach 1968 pluralistischer als zuvor.“ Kritik am parlamentarischen Regierungssystem mit rätendemokratischen Parolen, in denen die Manipulation durch Minderheiten sichtbar wurde; NS-Aufarbeitung, aber Entleerung des Faschismusbegriffs, der auch auf die spätkapitalistische Bundesrepublik zutreffen sollte; extreme Intoleranz, aber Basis der deutschen Protestkultur; dogmatischer Marxismus bis zum Vulgärmarxismus, aber umfangreiche Rezeption des Marxismus. „Die Studentenbewegung schöpfte Kraft aus dem utopischen Glauben an eine herrschaftsfreie Gesellschaft, aber was sie bewirkte, waren Reformen, von denen manche, zumal im Bereich der Universitäten, nur in dem Maße Bestand hatten, wie sie ihrerseits reformiert werden konnten. Die APO bewies, was sie zu widerlegen trachtete: die Reformfähigkeit des demokratischen Systems. Und sie wäre schwerlich imstande gewesen, so viele gesellschaftliche Verkrustungen aufzubrechen und überkommene Autoritäten einem bisher unbekanntem Legitimationszwang zu unterwerfen, wenn die Liberalisierung der Bundesrepublik nicht schon lange vor 1968 begonnen hätte.“ (S.252f)

Auch für die Meistererzähler war „68“ also historisch nicht nur nicht nichts, sondern eine erwähnenswerte Ereigniskette mit Folgen. Die Kulturrevolte hat Wirkungen gehabt – und zumindest auch einige positive Wirkungen für die Demokratie in Westdeutschland.

Alles in allem: Nicht nur die Studentenbewegung war eine Plurale Veranstaltung, auch ihre Interpretation zeugt von Pluralität, die sich in der Ringvorlesung abbilden wird. Schon deshalb lohnt sich das historische Fragen, Hinterfragen, Argumentieren und Debattieren. Hierzu lade ich Sie alle herzlich ein – heute und in den nächsten

Ringvorlesung Sommersemester 2017 FU Berlin
11. April 2017

14 Wochen (Für die älteren Zuhörer füge ich den berühmten
Schlussatz an: Gleiche Welle, gleiche Stelle, herzlichst Ihr (Friedrich
Luft) K.N.

